Fachgebiet Öffentliches Recht Prof. Dr. Viola Schmid, LL.M. (Harvard)



Informations- und Datenschutzrecht II Sommersemester 2008

Basics

Version 2.0

- Basics -



Vorlesungsetikette

§ 1 UWG Zweck des Gesetzes

Dieses Gesetz dient dem Schutz der Mitbewerber, der Verbraucherinnen und der Verbraucher sowie der sonstigen Marktteilnehmer vor unlauterem Wettbewerb. Es schützt zugleich das Interesse der Allgemeinheit an einem unverfälschten Wettbewerb.

- ➤ Gesetzessammlung: Cyberlaw IV: 20,- €

- Basics -



Organisatorisches

- ➤Internet-Sprechstunde info@prof-schmid.de unter Angabe der Veranstaltung
- ➤ Konzept der flexible, sensible and sensitive solution
- ➤ Dogmatische Auslegung und Case Law
- **≻**Zitieretikette

Art. (oder §) Abs. 1 S. 1 [ev. HS. (Halbsatz), Nr. und Lit.] Abkürzung des Gesetzestextes

Bsp.: § 3 Abs. 4 S. 2 Nr. 3 Lit. a BDSG

- Basics -



Lehrbücher

- ➤ Boehme-Neßler, Volker: Cyberlaw, 2001.
- ➤ Gola, Peter / Klug, Christoph: Grundzüge des Datenschutzrechts, 2003.
- ➤ Hoeren, Thomas: Internetrecht, 2008 (kostenloser Download unter http://www.uni-muenster.de/Jura.itm/hoeren/materialien/Skript/
 Skript Maerz2008.pdf statischer Link).
- ➤ Holznagel, Bernd / Enaux, Christoph / Nienhaus, Christian: Telekommunikationsrecht, 2. Aufl. 2006.
- ➤ Kloepfer, Michael: Informationsrecht, 2002.
- ➤ Koehler, Markus / Arndt, Hans-Wolfgang / Fetzer, Thomas: Recht des Internet, 6. Aufl. 2008.
- ➤ Roßnagel, Alexander: Handbuch Datenschutzrecht, 2003.
- ➤ Schaar, Peter: Datenschutz im Internet, 2002.
- ➤ Sonntag, Matthias: IT-Sicherheit kritischer Infrastrukturen, 2005.

- Basics -



Kommentare

- ➤ Gola, Peter / Schomerus, Rudolf: Bundesdatenschutzgesetz, 9. Aufl. 2007.
- ➤ Heckmann, Dirk: juris PraxisKommentar Internetrecht, 1. Aufl. 2007.
- ➤ Roßnagel, Alexander: Recht der Multimediadienste, Loseblattsammlung.
- ➤ Simitis, Spiros: Kommentar zum Bundesdatenschutzgesetz, 6. Aufl., 2006.
- Schaffland, Hans-Jürgen / Wiltfang, Noeme: Bundesdatenschutzgesetz, Loseblattsammlung.

- Basics -



Rechercheworkshop

- 1. Normen
- Europarecht: http://eur-lex.europa.eu/de/index.htm
- ➤ Bundesrecht: http://www.gesetze-im-internet.de/
- ➤ Hessenrecht: http://www.hessenrecht.hessen.de/
- 2. Rechtsprechung
- Europäischer Gerichtshof: http://curia.europa.eu/
- ➤ Bundesverfassungsgericht: http://www.bverfg.de/
- ➤ Bundesverwaltungsgericht: http://www.bverwg.de/
- ➤ Bundesgerichtshof: http://www.bundesgerichtshof.de
- ➤ältere Entscheidungen: Universität Bern,
 Sammlung "Deutschsprachiges Fallrecht (DFR)":
 http://www.oefre.unibe.ch/law/dfr/index.html

- Basics -



Rechtsnormenhierarchie in einer deutschen Betrachtung

Bundesrecht	Art.	31	Landesrecht
Verfassung (Grundgesetz)		Landesverfassung	
Bundesgesetz		Landesgesetz	
Rechtsverordnung		Rechtsverordnung	
Satzung		Satzung	

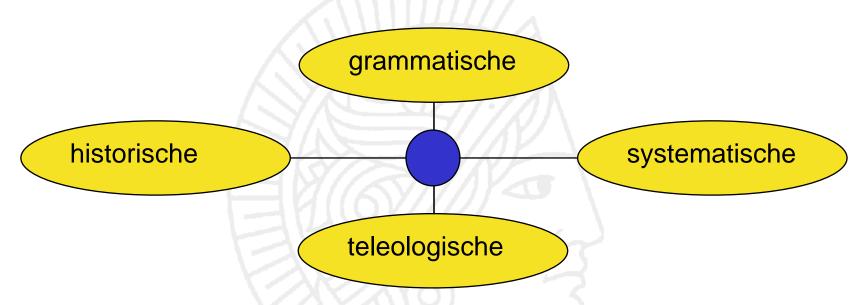
Adressierung an den Einzelnen erfolgt durch



- Basics -



"Klassische" Auslegungsmethoden



➤ Teleologische Auslegung in der Form der Dynamisch (technikorientierte) Auslegung (FÖR-Terminologie)

- Basics -



<u>Dynamisch-technikorientierte Auslegung des Grundgesetzes:</u> Recht auf informationelle Selbstbestimmung (1983; BVerfGE 65, 1)

- Grammatische Auslegung: (-)
- Historische Auslegung: (-)
- Systematische Auslegung: (-)
- Teleologische Auslegung:

Art. 2 Abs. 1 GG

Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit (...)

Art. 1 Abs. 1 S. 1 GG

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

- Basics -



<u>Dynamisch-technikorientierte Auslegung des Grundgesetzes:</u> <u>Recht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme (2008; BVerfG, 1 BvR 370/07)</u>

- Grammatische Auslegung: (-)
- Historische Auslegung: (-)
- Systematische Auslegung: (-)
- > Teleologische Auslegung: dynamisch-technikorientiert

Art. 2 Abs. 1 GG

Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit (...)

Art. 1 Abs. 1 S. 1 GG

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

- Basics -

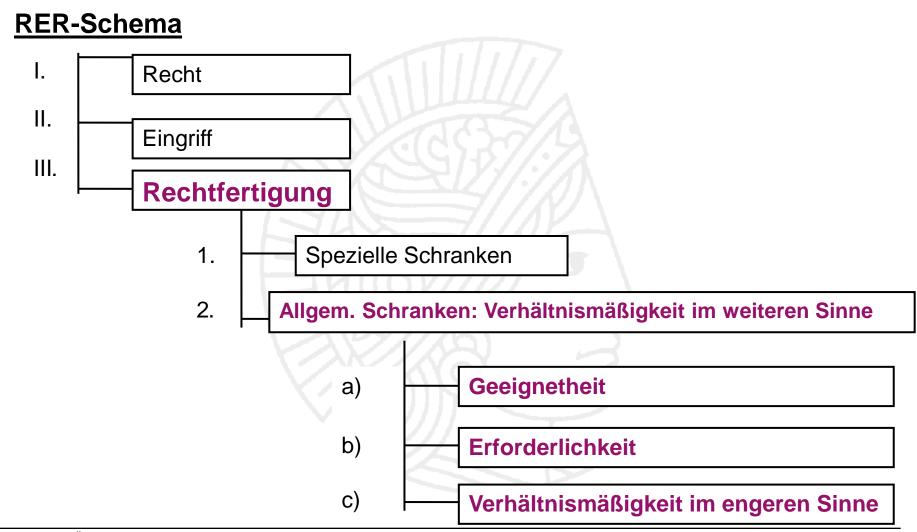


Interessenschema (abstrakt)

		Abk.	Analyse		
1	Personal-Aktiv	P-Akt	Hierunter werden Rechte einer natürlichen oder juristischen Person verstanden, die an Informationen interessiert ist.		
2 a)	Personal-passiv Datenschutz	P-Pas D	Hierunter werden Rechte einer natürlichen oder juristischen Person verstanden, die an der Reservierung und Sicherung von Informationen interessiert ist.		
2 b)	Personal-passiv Informations- kosten	P-Pas I	Hierunter fallen die Kosten für die Erhebung, Speicherung, Aufbereitung und Übermittlung von Informationen.		
3	Objekt		Auf Informationen welchen Inhalts soll zugegriffen werden?		
4	Kausal/Zweck	KauZ	Zu welchem Zweck soll auf diese Informationen zugegriffen werden (etwa: Kampf gegen den Terrorismus; Wahrung der Urheberrechte)?		
5	Qualität der Informations- technik	Qual Inf	Hierunter sind die unterschiedlichen Formen der "Organisation" von Daten zu verstehen. Beispielhaft wie in § 3 Abs. 3 - 5 BDSG (Erheben, Verarbeiten, Nutzen) aufgezählt.		
6	Verfahren		Welches Verfahren verlangt das Recht für die Organisation und den Umgang mit diesen Daten (etwa: die Einwilligung des Betroffenen, § 4a BDSG; die Einschaltung eines Gremiums, §§ 14, 15 Artikel 10-Gesetz - G 10)?		
7	Rechtfertigung/ Verhältnis- mäßigkeit	Rfg	Hier findet die aus dem deutschen Verfassungsrecht bekannte Verhältnismäßigkeitsprüfung statt, die das Interesse von Personal Aktiv (Rechtfertigungsrechtsgut) mit dem Interesse des Personal Passiv Datenschutz (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG) und dem Interesse des Personal Passiv Informationskosten (Art. 12, 14, 2 Abs. 1 GG) (als Eingriffsrechtsgütern) abwägt.		

- Basics -





- Basics -



Allgemeine Schranken – Verhältnismäßigkeit im weiteren Sinn

Geeignetheit	Eingriff muss geeignet sein, um den Schutz des Rechtsguts, das die Eingriffsrechtfertigung bildet (Rechtfertigungsrechts-gut), zu bewirken - Tauglichkeit des Mittels für den Zweck.
Erforderlichkeit	Es darf keine Maßnahme geben, die für den Schutz des Rechtfertigungsrechtsguts genauso geeignet und weniger eingreifend ist.
Verhältnismäßig keit im engeren Sinne	Schwere des Eingriffs in das Eingriffsrechtsgut darf nicht außer Verhältnis zur Qualität der Förderung des Rechtfertigungsrechtsguts stehen - Grundrechtseingriff darf in seiner Intensität nicht außer Verhältnis zum angestrebten Ziel stehen.

- Basics -



Spezielle Schranken

FÖR Glossar:

"Spezielle Schranken" sind solche Schranken, die im Normtext (hier GG) genannt sind oder kraft dogmatischer Auslegung die Grundrechtsverwirklichung einschränken (etwa im Wege der Konkordanz oder der Wechselwirkung).

Fachgebiet Öffentliches Recht Prof. Dr. Viola Schmid, LL.M. (Harvard)



Informations- und Datenschutzrecht II Sommersemester 2008

Basics

Version 2.0